

**6790/J XXVII. GP**

---

**Eingelangt am 26.05.2021**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

# **Anfrage**

der Abgeordneten Julia Herr,  
Genossinnen und Genossen

an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

**betreffend Ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz**

*„Wir nehmen Klimaschutz ernst: Was die öffentliche Hand selbst vorzeigt, kann auch von unserer Bevölkerung leichter angenommen werden. Die öffentliche Hand muss deshalb Vorbild für Klimaneutralität sein.“*

Diese Zeilen finden sich im aktuellen Regierungsprogramm auf Seite 103. Der Anspruch, in den Ministerien und Behörden selbst vorzuzeigen, wie Klimaneutralität erreicht werden kann, ist gut. Doch müssen den Absichtserklärungen auch konkrete Taten folgen. Die Passagen im Regierungsprogramm erwecken darüber hinaus den Eindruck, dass dieses Vorhaben nicht nur Aufgabe des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie ist, sondern von der Regierung als gesamtheitliche Aufgabe gesehen wird und daher in allen Ministerien und über die gesamte Legislaturperiode angegangen wird. Die vorliegende Anfrage schließt deshalb an eine ähnliche Anfrage aus dem September letzten Jahres an, die sich noch an Ihren Vorgänger Herr Bundesminister Anschober richtete.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher folgende

## **Anfrage**

1. Welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen haben Sie seit Ihrem Amtsantritt ergriffen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO2-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?
  - a. Welcher Betrag (in Euro) wurde dafür investiert?
  - b. Wie viele Tonnen CO2 können damit eingespart werden?
2. Welchen Betrag (in Euro) hat Ihr Ministerium insgesamt seit Antritt der Regierung für Klimaschutzmaßnahmen investiert?
  - a. Wie viele Tonnen CO2 konnten damit seit Antritt der Regierung eingespart werden?

3. Welche Klimaschutzmaßnahmen planen Sie bis zum Jahresende 2021 zu ergreifen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO2-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?
  - a. Welcher Betrag (in Euro) soll dafür investiert werden?
  - b. Wie viele Tonnen CO2 sollen dadurch eingespart werden?
4. Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO2-Emissionen bis zum planmäßigen Ende der aktuellen Legislaturperiode? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)
5. Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO2-Emissionen bis 2030? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)
6. Welche Schritte setzen Sie, um die CO2-Emissionen in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) zu erheben?
  - a. Wenn Sie über Zahlen zu den CO2-Emissionen verfügen, wie lauten diese?
7. Sind zum aktuellen Stand Neubau- oder Sanierungsprojekte seitens Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) geplant oder in Umsetzung?
  - a. Wenn ja, welche?
  - b. Wenn ja, welchen Beitrag zum Klimaschutz leisten diese? (nach Möglichkeit Bezifferung der zu erwartenden CO2-Ersparnis)
8. Welche Schritte setzen Sie, um die Mindestanforderungen bez. Umweltzeichen-Kriterien für „Green Events“ und „Green Meetings“ nicht zu unterschreiten?
9. Gibt es seit Ihrem Amtsantritt Veränderungen beim Fuhrpark in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)?
10. Gibt es seit Ihrem Amtsantritt Veränderungen bei der Verfügbarkeit von Ladestationen für batteriebetriebene Fahrzeuge in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)?